



## Resolution

### zum Thema „Gesundheitskommunikation“

vom 27.09.2021

Kommunikation spielt gerade im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie eine ganz entscheidende Rolle: Das Handeln der Regierung muss niederschwellig, kontinuierlich und verständlich erklärt werden, um die Bürgerinnen und Bürger bei den verschiedenen Maßnahmen zur Pandemiebewältigung mitzunehmen. Doch auch über die Corona-Pandemie hinaus hat die Kommunikation und Information zu Gesundheitsthemen, z.B. im Rahmen der Kommunikation zwischen den Gesundheitsprofessionen und Patientin und Patient oder der mediengestützten Übermittlung gesundheitsförderlicher Botschaften, eine enorme Bedeutung. Dabei ist insbesondere bei komplexen Sachverhalten – wie den meisten Gesundheitsthemen – eine klare und verständliche Kommunikation unerlässlich.

Ein gelungener Austausch zu Gesundheitsfragen hängt dabei auch von den jeweils genutzten Medien ab – seien es soziale Medien, Printmedien oder Funk und Fernsehen. Neben medizinischen Expertinnen und Experten, insbesondere der behandelnden Ärztinnen und Ärzte, stellen Medien in der heutigen Zeit zentrale Informationsquellen dar und tragen in vielfältiger Weise zur Herausbildung gesundheitsbezogener Vorstellungen sowie zur Information über gesundheits- und krankheitsbezogene Themen bei. Auch Social Media kann dabei unterstützend tätig sein, wenn bspw. Patientinnen oder Patienten sich im Internet über Gesundheitsthemen informieren möchten. Social Media kann aber auch als Verstärker für Verschwörungsmethoden und Verleumdungen fungieren. Dem muss mit einer faktenbasierten Kommunikation begegnet werden.

So wie in der Gesundheitskommunikation allgemein gilt es insbesondere in Krisensituationen, Informationen und Verhaltensempfehlungen zielgruppenspezifisch zu kommunizieren, um alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Dies betrifft sowohl die Auswahl der Kommunikationskanäle als auch die Kommunikationsinhalte, die sich an Wissen, Vorstellungen und Barrieren einzelner Zielgruppen orientieren

müssen, um effektiv zu sein. Will man bestimmte Zielgruppen mit Gesundheitsinformationen erreichen, sind deren unterschiedliche Medienrepertoires, Kommunikationsgewohnheiten und Sprachkompetenzen zu berücksichtigen. Daher sollten Kommunikationsmaßnahmen für unterschiedliche Zielgruppen systematisch exploriert und evaluiert werden. Evidenzbasierung ist also nicht nur für die medizinische Forschung unabdingbar, sondern auch für erfolgreiche Gesundheitskommunikation. Lehrstühle für Gesundheitskommunikation könnten die hierfür erforderliche wissenschaftliche Expertise bereitstellen.

Die Pandemie verdeutlicht, wie wichtig, aber auch wie schwierig eine wirksame Krisenkommunikation vor dem Hintergrund von „Fake News“ ist. Diverse Interessengruppen, Kommunikatoren sowie Zielgruppen, komplexe Risikoinformationen oder Unsicherheiten in der Evidenzlage stellen aktuell zusätzlich große Herausforderungen an die Krisenkommunikation in der Corona-Pandemie. Eine erfolgreiche Krisenkommunikation kann nur maximal so gut sein wie die getroffenen Maßnahmen selbst. Maßgeblich hierfür sind konsistente Entscheidungen.

Die nötige Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger, die getroffenen Maßnahmen des Bundes und der Länder aktiv zu unterstützen, hängt nicht zuletzt entscheidend von deren Vermittlung ab. Dabei ist es zwingend erforderlich, dass eine erfolgreiche Krisenkommunikation darauf abzielt, ein Bewusstsein für die Risiken einer Krise zu schaffen, Akzeptanz für behördliche Regelungen und individuelle Verhaltensempfehlungen zu schaffen sowie ein generelles Vertrauen in die öffentliche Verwaltung zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Schlüsselemente zur Erreichung dieser Ziele sind Schnelligkeit der Kommunikation, Konsistenz der Botschaften, Offenlegung von Unsicherheiten in der Evidenzlage und eine klare und verständliche Kommunikation der behördlichen Maßnahmen und Handlungsmöglichkeiten der Bevölkerung.

Eine möglichst umfassende, aktuelle, konsistente Information der Bevölkerung und der Medien ist daher unumgänglich.

Vor diesem Hintergrund sieht der Bayerische Landesgesundheitsrat folgende Notwendigkeiten für weitere Maßnahmen:

- Stärkung und Förderung einer barrierefreien Gesundheitskommunikation durch den Freistaat Bayern. Personen mit Kommunikationseinschränkungen sollen uneingeschränkt und ohne Hilfe Dritter Zugang zu gesundheits-

relevanten Informationen erhalten, z. B. durch die Bereitstellung von Gesundheitsinformationen in Einfacher und Leichter Sprache, Braille-Schrift, und über Gebärdensprachvideos.

- Schaffung von Informationsangeboten für Migrantinnen und Migranten in den jeweiligen Sprachen und möglichst unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten aus den jeweiligen Kulturkreisen, sofern zusätzlich Kenntnisse über und Verständnis für unser Gesundheitssystem vermittelt werden müssen, um Akzeptanz für die nötigen Maßnahmen zu erreichen.
- Weitere Unterstützung der systematischen Erforschung medialer Gesundheitskommunikation durch den Freistaat Bayern.
- Ständige Überprüfung und Neujustierung der Vermittlung von Informationen und Botschaften im Rahmen des Krisenmanagements. Entscheidend sind Konsistenz in Botschaften, klare Zuständigkeiten für die Kommunikation, verständliche Darstellung regulatorischer Maßnahmen, zielgruppenspezifische Kommunikationsangebote und die Integration von Vertrauenspersonen wie Ärztinnen und Ärzten sowie den Gesundheitsfachberufen in die Krisenkommunikation.

Der Bayerische Landesgesundheitsrat hat den gesetzlichen Auftrag, den Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung in allen Fragen des Gesundheitswesens zu beraten. Er setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen des Bayerischen Landtags sowie auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätiger Körperschaften und Verbände zusammen.

Weitere Informationen zum Bayerischen Landesgesundheitsrat finden Sie im Internet unter [www.landesgesundheitsrat.bayern.de](http://www.landesgesundheitsrat.bayern.de).